

Arbeitslosigkeit und politische Orientierungen

Dr. Thomas Kieselbach, geb. 1944, Dipl.-Psychologe, arbeitet als Wissenschaftlicher Mitarbeiter im Studiengang Psychologie (Wissenschaftliche Einheit Arbeit, Arbeitslosigkeit und Persönlichkeitsentwicklung) an der Universität Bremen

Die öffentliche Diskussion derjenigen kapitalistischen Länder, die am stärksten von Massenarbeitslosigkeit betroffen sind, beschäftigt sich mit den Folgen der Arbeitslosigkeit vorwiegend unter dem Aspekt der Kosten, die der

Gesellschaft auf verschiedenen Ebenen durch Massenarbeitslosigkeit entstehen. Auf einer ersten Ebene werden die ökonomischen Kosten als gesellschaftliche Folgen von Arbeitslosigkeit benannt, die durch Unterstützungszahlungen für Arbeitslose, den Verlust an Kranken- und Rentenversicherungsbeiträgen sowie Steuereinnahmen, aber auch als Verlust am Bruttosozialprodukt entstehen.¹ Auf der Ebene der gesundheitlichen Folgewirkungen von Arbeitslosigkeit ist wiederholt von Verbänden der psychosozialen Versorgung darauf hingewiesen worden, daß sich psychosoziale Schädigungen als Folge von Massenarbeitslosigkeit konstatieren lassen, welche sich bei Eintreten der prognostizierten Entwicklung eines weiteren Anstiegs der Arbeitslosenzahlen noch erheblich verschärfen werden.²

Dieser Beitrag rückt eine dritte Ebene in den Vordergrund, die Ebene der politischen und sozialen Kosten von Arbeitslosigkeit. Die Warnungen vor den gesellschaftspolitischen Konsequenzen der Arbeitslosigkeit - wengleich von unterschiedlichen Positionen - lassen sich nicht mehr überhören, und zwar insbesondere seitdem in den westlichen Ländern Massenarbeitslosigkeit als Dauererscheinung sichtbar geworden ist und auch die Prognosen bis zum Jahre 1990 bei der Annahme im wesentlichen unveränderter politischer und ökonomischer Rahmenbedingungen ein weiteres Ansteigen der Arbeitslosenzahlen erwarten lassen.

Da die Diskussion in der Bundesrepublik - im Gegensatz beispielsweise zu Großbritannien oder den Vereinigten Staaten - bei der Darstellung von Massenarbeitslosigkeit den Aspekt der gesundheitspolitischen Folgen von Arbeitslosigkeit bislang weitgehend vernachlässigt hat, sollen dazu zunächst noch einige Ergebnisse dargestellt werden.

Die gesundheitspolitischen Kosten von Arbeitslosigkeit

Im April 1983 traten 13 Verbände mit einer „Gemeinsamen Stellungnahme zu den individuellen und sozialen Kosten der Arbeitslosigkeit“ an die Öffentlichkeit. Die Tatsache, daß erstmalig seit Bestehen der Bundesrepublik Deutschland eine solch große Anzahl von Verbänden, die insgesamt über

1 Vgl. hierzu Memorandum '83. Qualitatives Wachstum, Arbeitszeitverkürzung, Demokratisierungs-Alternativen zu Unternehmerstaat und Krisenpolitik, Bremen 1983

2 Siehe Stellungnahme zum Problem der Arbeitslosigkeit aus der Sicht von Organisationen der psychosozialen Versorgung (Deutsche Gesellschaft für Soziale Psychiatrie (DGSP), Deutsche Gesellschaft für Verhaltenstherapie (DGVT) und Deutsche Gesellschaft für wissenschaftliche Gesprächstherapie (GwG) v. Juli 1978, in: Thomas Kieselbach/Heinz Offe (Hg.), Arbeitslosigkeit. Individuelle Verarbeitung - Gesellschaftlicher Hintergrund, Darmstadt 1979, S. 372-378; Gemeinsame Stellungnahme von Verbänden der psychosozialen Versorgung zu den individuellen und sozialen Kosten der Arbeitslosigkeit (unterzeichnet von 13 Verbänden) v. 12. April 1983; s. Thomas Kieselbach, Arbeitslosigkeit zerstört die Persönlichkeit, in: Frankfurter Rundschau v. 9. Mai 1983, S. 14; auch abgedruckt in: WSI-Mitteilungen Jg. 36, 1983, H. 4, S. 277-280

40000 Mitglieder vorwiegend aus Institutionen der psychosozialen Praxis vertreten, die Öffentlichkeit darauf aufmerksam machen, daß die Massenarbeitslosigkeit vielfältige gesundheitliche Schädigungen bewirkt, ist ein Hinweis darauf, daß auch hier nun die gesundheitlichen Folgewirkungen von Massenarbeitslosigkeit zumindest bei denjenigen stärkere Beachtung finden, die in ihrer Arbeit mit diesen Problemen konfrontiert sind. Dabei erscheint es besonders wichtig, daß die psychosozialen Folgeschäden der Massenarbeitslosigkeit sich nicht nur auf die direkt betroffenen Arbeitslosen beschränken, sondern ebenfalls deren Familienangehörige, als auch Beschäftigte, die von Arbeitslosigkeit bedroht sind und Auszubildende treffen, die fürchten müssen, nach Abschluß ihrer Ausbildung arbeitslos zu sein. Die durch die psychologische und medizinische Arbeitslosigkeitsforschung nachgewiesenen vielfältigen Schädigungen infolge von Arbeitslosigkeit deuten daraufhin, daß eine Rezession, verbunden mit Massenarbeitslosigkeit, erhebliche Auswirkungen auf den Gesundheitszustand der direkt und indirekt betroffenen Teile der Bevölkerung hat.³

Das Ereignis Arbeitslosigkeit wird in Abhängigkeit von einer Vielzahl von Faktoren unterschiedlich wahrgenommen, bewertet und verarbeitet, so daß nicht von einer uniformen Auswirkung der Arbeitslosigkeit bei allen Betroffenen ausgegangen werden kann. Bei dem einzelnen Arbeitslosen führt die Arbeitslosigkeit zu einem Gefühl des Kontrollverlustes über die eigenen Lebensbedingungen und daraus resultierender Hilflosigkeit, die nach einem psychologischen Erklärungsansatz die wesentliche Grundlage der Entstehung von Depressivität darstellt.⁴ Indem die Arbeitstätigkeit, die bislang den Tagesablauf weitgehend bestimmt hatte, plötzlich fortfällt und der Tag ausschließlich aus „Freizeit als tragischem Geschenk“ besteht, kann dies eine Entstrukturierung von Tagesabläufen und einen weitgehenden Verzicht auf Zukunftsplanungen bewirken. Die erzwungenen finanziellen Einschränkungen als auch vorherrschende Diskriminierungen von Arbeitslosen führen bei einer beträchtlichen Zahl von Arbeitslosen zu einem Rückzug aus sozialen Beziehungen, zu sozialer Isolation und damit zu einem Verlust an Anregungen und Unterstützung durch die soziale Umwelt. Die Erfahrungen bei einer erfolglosen Arbeitssuche können mit ihrem Wechsel von Hoffnung und Enttäuschung emotionale Labilität sowie eine Abnahme des Selbstvertrauens und Verringerung des Selbstwertgefühls zur Folge haben, woraus sich insbesondere bei langfristig Arbeitslosen fatalistische und apathische Reaktionen ergeben, die mit dem Gefühl der Wert- und Hoffnungslosigkeit verbunden sind. Arbeitslosig-

³ Siehe neben der in Anm. 2 erwähnten „Gemeinsamen Stellungnahme“ auch Bericht des Regionalbüros für Europa der Weltgesundheitsorganisation (WHO) über die Ergebnisse einer Konferenz in Leeds (GB) über „Gesundheitspolitik bezüglich Arbeitslosigkeit auf Gemeindeebene“ v. 13. — 15. Dez. 1982; Klaus-Dieter Thomann, Wer arbeitslos ist, wird in der Regel auch schneller krank, in: Frankfurter Rundschau v. 11. 7. 83, S. 14

⁴ Martin E. P. Seligman, Erlernte Hilflosigkeit, München/Wien/Baltimore 1979

keit bei Jugendlichen muß als die Verweigerung angemessener Entwicklungsbedingungen in einer sensiblen Lebensphase angesehen werden, die zu Störungen der Identitätsentwicklung bei einer Verlängerung der Abhängigkeit vom Elternhaus oder zu einem durch familiäre Konflikte bewirkten Abbruch von Kontakten zu den Eltern führen kann. Bei den Familien Arbeitsloser kann eine längerdauernde Arbeitslosigkeit die Vermehrung von Schuldvorwürfen gegenüber dem Arbeitslosen seitens seiner Familie bewirken, was zusammen mit dem Rückzug aus dem gesellschaftlichen Leben eine Zunahme familiärer Konflikte nach sich ziehen kann. Bei Ehepartnern Arbeitsloser ließ sich eine Zunahme psychosomatischer Störungen feststellen, bei Kindern Arbeitsloser die Zunahme von Entwicklungsstörungen, Schulleistungsschwächen und eine langfristige Abnahme des Selbstwertgefühls.⁵ Aber auch diejenigen, die nicht unmittelbar den Auswirkungen der Arbeitslosigkeit ausgesetzt sind, die Beschäftigten, weisen bei einer Erhöhung der Arbeitslosenquote durch erhöhten Arbeitsstreß, schlechtere Arbeitsbedingungen und die Angst vor Arbeitslosigkeit eine Verschlechterung ihres Gesundheitszustands auf. So hat sich in einer Reihe von Untersuchungen der Faktor Arbeitsplatzunsicherheit unter den Variablen, die Belastungen am Arbeitsplatz messen, als wichtigste Vorhersagevariable für psychische Erkrankung erwiesen.⁶

Bei einer Einschätzung des gesamtgesellschaftlichen Schadens durch Massenarbeitslosigkeit sollten infolgedessen nicht nur die gesellschaftlichen Kosten auf einer ökonomischen, sondern ebenfalls auf einer gesundheitspolitischen Ebene berücksichtigt werden. Das heißt, daß auch die wissenschaftlich nachgewiesenen Schädigungen an der Gesundheit der direkt und indirekt betroffenen Teile der Bevölkerung als auch die zusätzlichen Aufwendungen für das Gesundheitssystem als gesundheitspolitische Folgen von Arbeitslosigkeit einbezogen werden müssen.⁷

5 Zu den gesundheitlichen und psychischen Folgen der Arbeitslosigkeit siehe: A. Wacker, Arbeitslosigkeit, Frankfurt/M. 1976; M. Frese/G. Mohr, Die psychopathologischen Folgen des Entzugs von Arbeit. Der Fall der Arbeitslosigkeit, in: Frese/Greif/Semmer (Hg.), Industrielle Psychopathologie, Bern/Stuttgart 1978, S. 282 - 320; K.-D. Thomann, Die gesundheitlichen Auswirkungen der Arbeitslosigkeit, in: A. Wacker (Hg.), Vom Schock zum Fatalismus. Soziale und psychische Auswirkungen der Arbeitslosigkeit, Frankfurt/New York 1978, S. 194—240; Th. Kieselbach/H. Offe, Psychologische, gesundheitliche, soziale und politische Probleme als Folge von Arbeitslosigkeit - ein kritischer Überblick, in: dies. (Hg.), Arbeitslosigkeit, Darmstadt 1979, S. 1-140; Th. Kieselbach, Psychosoziale Schäden durch Arbeitslosigkeit und Interventionsstrategien von Psychologen, in: G. Hertel/K. Laufs (Hg.), Arbeitslosigkeit und psychosoziale Versorgung, Tübingen (ersch. demnächst)

6 So z. B. auch in einer neueren sozialepidemiologischen Studie aus der BRD: H. Dilling/S. Weyerer, Behandelte und nicht behandelte psychiatrische Morbidität in der Bevölkerung. Bericht an die Deutsche Forschungsgemeinschaft, Sonderforschungsbereich 116, München 1980

7 M. Harvey Brenner, Estimating the social costs of national economic policy: Implications for mental and physical health, and criminal aggression, Vol. I: Employment, Paper No. 5, Washington: U.S. Government Printing Office 1976; R. Liem/T. Rayman, Health and social costs of unemployment. Research and policy considerations, in: American Psychologist, Jg. 37, 1982, H. 10, S. 1116-1123; D. W. Riegle, Psychological and social effects of unemployment, in: American Psychologist, Jg. 37, 1982, H. 10, S. 1113-1115

Soziale und politische „Kosten“ von Arbeitslosigkeit

Den Warnungen von konservativer Seite, welche die Möglichkeit einer Polarisierung nach links aufgrund von Massenarbeitslosigkeit befürchten, stehen Stellungnahmen gegenüber, die eher eine Rechtsentwicklung, bedingt durch anhaltende Arbeitslosigkeit, als Gefahr ansehen.

Diese politischen Warnungen vor den gesellschaftlichen Folgen von Massenarbeitslosigkeit gehen gemeinsam von der Annahme aus, daß die Arbeitslosigkeit von Millionen Menschen die Möglichkeit der Erschütterung des politischen Systems in sich berge. Obwohl in den westlichen Ländern gegenwärtig schon ungefähr 35 Millionen Menschen arbeitslos sind, traten soziale Unruhen im Zusammenhang mit Arbeitslosigkeit jedoch bislang kaum auf; kollektive Aktionen gegen Entlassungen oder bereits bestehende Arbeitslosigkeit blieben die Ausnahme, Zusammenschlüsse von Arbeitslosen haben bis heute relativ wenig Resonanz gefunden. Die Medien berichteten vereinzelt über Widerstandsaktionen, die von Arbeitslosen oder von Beschäftigten ausgehen, die von Arbeitslosigkeit bedroht sind.⁸ In Frankreich lieferten im Sommer 1979 die Arbeiter eines von Schließung bedrohten Stahlwerks in Lothringen (USINOR) der Polizei wochenlange Straßenschlachten, die alle Anzeichen eines regionalen Aufstandes hatten und auf viele Orte übergriffen.⁹ Zwei Jahre später - im Sommer 1981 - wurden zahlreiche britische Großstädte wie London, Manchester, Liverpool und Birmingham von Revolten jugendlicher Arbeitsloser erschüttert, die Polizeistationen in Brand setzten und durch Handlungen zielloser Gewaltausübung und Zerstörung dokumentierten, daß sie sich von diesem gesellschaftlichen System nichts mehr erhofften.¹⁰ In den USA, wo im Jahre 1982 über 50 Prozent der farbigen Jugendlichen arbeitslos gemeldet waren, forderten Auseinandersetzungen zwischen Farbigen und der Polizei in einem von Farbigen bewohnten Stadtteil von Miami in Florida im Sommer 1982 zwei Tote; bereits zwei Jahre vorher war es bei einem Aufstand in einem anderen Farbigenviertel von Miami zu 18 Todesopfern und 100 Millionen Dollar Sachschaden gekommen.¹¹

Die hier angeführten Beispiele stammen aus Ländern, in denen die Unterstützungszahlungen sehr viel niedriger sind (in Großbritannien erhält beispielsweise ein lediger Arbeitsloser nach Abschaffung der einkommensabhängigen

8 So die jüngsten Kampfaktionen der Belegschaften der Werften HDW (Hamburg) und AG Weser (Bremen), die aufgrund angekündigter Massenentlassungen bzw. Schließung ihre Betriebe besetzten, nach der Androhung von Sanktionen durch die Unternehmensleitungen diese Besetzung jedoch wieder abbrachen

9 G. Merritt, *World out of work*, London 1982, S. 100 ff.

10 Eine Analyse der Straftaten von insgesamt 4000 bei diesen Straßenschlachten verhafteten Jugendlichen ergab, daß ungefähr 50 Prozent von ihnen arbeitslos waren, S.D. Stephen, *Identification parade*, in: *New Society* Jg. 62, 1982, H. 1040 v. 21. 10. 1982, S. 130, der aus einer regierungsamtlichen Statistik zitiert

11 *Zeit v. 7. 1. 1983*

Arbeitslosenunterstützung nur noch 29 Prozent des durchschnittlichen Nettoeinkommens aller Beschäftigten als Unterstützungszahlung)¹² oder wo die soziale Absicherung durch Arbeitslosengeld und Sozialhilfe insgesamt sehr viel schlechter als in der Bundesrepublik ist. In diesen Ländern führt infolgedessen Arbeitslosigkeit viel unmittelbarer und stärker zu Armut als dies bislang in der Bundesrepublik der Fall ist. Ein anderer Grund der für militantere Reaktionen von Arbeitslosen in Frankreich angeführt werden kann, ist die Tatsache, daß dort die allgemeine Bereitschaft, soziales Unrecht nicht zu akzeptieren, deutlich stärker ausgeprägt ist. Die Unruhen arbeitsloser Jugendlicher in Großbritannien fanden zudem in solchen Gebieten statt, in denen es eine Untertreibung darstellt, nur von massiver Arbeitslosigkeit zu sprechen, weil dort Arbeitslosigkeit genauso „normal“ ist wie Arbeit.¹³

Da die Prognosen für die Entwicklung der Arbeitslosigkeit in den westlichen Ländern von weiter steigenden Zahlen ausgehen, erscheint die Annahme gerechtfertigt, daß auch die durch Arbeitslosigkeit ausgelösten sozialen Spannungen zunehmen werden. Für die Länder der Europäischen Gemeinschaft wird für das Jahr 1986 mit 15 Millionen offiziell registrierten Arbeitslosen gerechnet, von denen 60 Prozent unter 28 Jahren sein werden und noch niemals in ihrem Leben einen vollwertigen Arbeitsplatz innegehabt haben.¹⁴

Gleichzeitig zeigen sozialwissenschaftliche Umfragen unter Jugendlichen beispielsweise in Großbritannien, daß der Anteil der Jugendlichen, die Gewalt zur Erreichung politischer Ziele befürworten, ansteigt und ungefähr ein Drittel aller 15- bis 24jährigen umfaßt.¹⁵ Wenn sich eine Entwicklungstendenz fortsetzt, die gesellschaftlichen Kosten durch Arbeitslosigkeit auf der ökonomischen Ebene durch Reduzierung der Unterstützungszahlungen und Abbau von Sozialleistungen zu senken und damit eine noch engere Verknüpfung von Arbeitslosigkeit und Armut zu bewirken, kann man erwarten, daß wahrscheinlich größere soziale Spannungen und Konflikte in diesen Ländern entstehen werden.

Methodische Bemerkungen zur Erfassung von Gesellschaftsbewußtsein

Die vorhegenden Untersuchungen zum Gesellschaftsbewußtsein von Arbeitslosen beschränken sich weitgehend auf die Frage, ob die individuelle Situation des Betroffenseins von Arbeitsplatzverlust oder bei Jugendlichen die Verweigerung eines Arbeitsplatzes nach der Schulausbildung radikale und systemgefährdende politische Einstellungen produziert.

¹² D. Piachaud, The harsh realities of life on the dole, in: The Times v. 27. 5. 1981.

¹³ Vgl. F. F. Ridley, View from a disaster area: Unemployed youth in Merseyside, in: B. Crick (Hg.), Unemployment London/New York 1981, S. 19

¹⁴ G. Merritt, a.a.O., S. 102

¹⁵ G. Merritt, a.a.O.

Hinter einer solchen Frage steckt jedoch eine höchst naive Theorie der Konstitution politischen Bewußtseins, die annimmt, daß die jeweils aktuelle persönliche Erfahrung relativ direkt und ungebrochen in politisches Bewußtsein umgesetzt wird.¹⁶ Gegen diesen theoretischen Ansatz muß geltend gemacht werden, daß Erfahrungen nicht einfache Abbilder der objektiven Realität darstellen, sondern zuerst der Interpretation über soziale Deutungsmuster bedürfen, die individuell übernommen werden. Die Verarbeitung ist folglich mitbestimmt von dem Bewußtsein, das bereits vor der konkreten Erfahrung vorhanden ist und von den vorherrschenden gesellschaftlichen Interpretationsangeboten. Die Verarbeitung von Arbeitslosigkeit wird demnach abhängig sein von dem politischen und gesellschaftlichen Bewußtsein des Arbeitslosen vor seinem Arbeitsplatzverlust als auch von der gesamtgesellschaftlichen politischen Situation (z. B. von der Höhe der Arbeitslosenrate). Auch unter diesem Aspekt ist demnach eine einheitliche Wirkung der Arbeitslosigkeitserfahrung kaum zu erwarten.

Darüber hinaus begnügen sich die meisten Untersuchungen mit der Erfassung lediglich einzelner Einstellungen, die zudem noch häufig mit sehr unzureichenden Instrumenten untersucht werden, welche nur geringe Gültigkeit beanspruchen können. Eine solche isolierende und querschnittshafte Erfassung einzelner Einstellungen oder Überzeugungen bewirkt allerdings nur eine sehr geringe Voraussagekraft für späteres Verhalten. Die Chancen und Mechanismen plötzlicher Bewußtseinsentwicklungen im Rahmen sozialer Bewegungen und sich damit ergebende Handlungen bleiben von daher der Einstellungsforschung verborgen. Insofern war es bezeichnend, daß die politische Sozialisationsforschung in Frankreich, die in den sechziger Jahren übereinstimmend von einem breiten politischen Konsens in der gesamten Bevölkerung mit dem herrschenden politischen System ausging, durch die reale Entwicklung des Mai 1968, der das politische System an die Grenze des Zusammenbruchs führte, völlig überrascht wurde. Infolgedessen kann auch der Optimismus, der Engels im Vorwort der englischen Ausgabe des „Kapital“ zu der Äußerung führte, daß „wir den Zeitpunkt beinahe berechnen (können), wo die Arbeitslosen die Geduld verlieren und ihr Schicksal in ihre eigenen Hände nehmen werden“,¹⁷ aufgrund der Ergebnisse der Arbeitslosigkeitsforschung nicht geteilt werden, da die Zusammenhänge nicht auf einen einfachen Mechanismus: Krise - Krisenerfahrung - politisches Bewußtsein - politisches Handeln reduziert werden können.

¹⁶ Vgl. Th. Kieselbach/H. Offe 1979, S. 80-99

¹⁷ F. Engels, Vorwort zur englischen Ausgabe des „Kapitals“ (1886) in: Marx-Engels-Werke. Bd. 23, Berlin 1969, S.40

Bedeutung des vorhergehenden Gesellschaftsbewußtseins für die Verarbeitung der Arbeitslosigkeitserfahrung

Erste Hinweise darauf, daß z. B. die Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft oder einer politischen Partei für die psychische Verarbeitung von Arbeitslosigkeit maßgeblich sein kann, erbrachten bereits die klassischen Arbeitslosenstudien aus den dreißiger Jahren.¹⁸ Auch neuere Untersuchungen bieten Belege dafür, daß das vorhergehende Gesellschaftsbewußtsein die Verarbeitung vermutlich aufgrund eines adäquaten sozialen Deutungsmusters von Arbeitslosigkeit erleichtert.²⁰ In einer Längsschnittuntersuchung bei 51 männlichen Arbeitslosen konnte nachgewiesen werden, daß für Personen, die in einer Gewerkschaft Mitglied oder sogar aktiv sind, nur ein geringer Zusammenhang zwischen Arbeitslosigkeit und Depression trotz längerer Arbeitslosigkeit besteht, während der Zusammenhang sehr eng ist bei Personen, die nicht Mitglied in einer Gewerkschaft sind.²¹

Es läßt sich folgern, daß Arbeitslose, die durch ihre Einbeziehung in gesellschaftliche Organisationen, die kollektive und nicht auf individuelle Schuldzuweisung hinauslaufende Erklärungsansätze für Arbeitslosigkeit vermitteln und bekräftigen, den psychosozialen Schädigungen durch Arbeitslosigkeit besser widerstehen können und auch weniger politische Orientierungen entwickeln, die ihren eigenen Interessen widersprechen.

In einer Untersuchung über politische Orientierungen von arbeitslosen Industriearbeitern in Detroit wurden im Jahre 1960 375 farbige und weiße Arbeitslose und Beschäftigte befragt.²² Während sich weiße Arbeitslose hinsichtlich ihres Klassenbewußtseins durch deutlich antikapitalistische Einstellungen von den Beschäftigten unterschieden, ergab das Kriterium Arbeitslosigkeit bei den farbigen Arbeitern keinen Unterschied. Bedeutsame Differenzen fanden sich zwischen farbigen Arbeitslosen und Beschäftigten erst, wenn die Mitgliedschaft in der Gewerkschaft berücksichtigt wurde. Vom Autor wurden 80 Prozent der arbeitslosen Farbigen, die Mitglied in einer Industriegewerkschaft waren, der Gruppe der militanten klassenbewußten Arbeiter zugeordnet (bei den entsprechenden Beschäftigten 55 Prozent), wohingegen bei den Nicht-Gewerkschaftsmitgliedern das Verhältnis umgekehrt war (nur 27 Prozent der arbeitslosen, aber 65 Prozent der beschäftigten Farbigen erhielten diese Zuordnung).

18 M. Jahoda/P. Lazarsfeld/P. Zeisel, *Die Arbeitslosen von Marienthal* (Erstveröffentlichung 1933), Frankfurt 1975, S. 67f.; R. Weiland, *Arbeitslosigkeit und Erziehungsnot*, in: *Blätter des Deutschen Roten Kreuzes*, Berlin 1932

20 G. Mohr/M. Frese, *Arbeitslosigkeit und Depression. Zur Langzeitarbeitslosigkeit älterer Arbeiter*, in: A. Wacker (Hg.), 1978, a.a.O., S. 179-193; s. auch M. Frese/G. Mohr, *Die psychischen Folgen von Arbeitslosigkeit: Depression bei älteren Arbeitslosen*, in: *WSI-Mitteilungen* Jg. 30, 1977, H. 11, S. 674-679

21 Mohr/Frese 1978, S. 192

22 J.C. Leggett, *Economic insecurity and working-class consciousness*, in: *American Sociological Review* Jg. 29, 1964, S. 226-234

Dies Ergebnis läßt sich so interpretieren, daß farbige Arbeitslose nicht automatisch durch Krisenerfahrung militante Perspektiven gewinnen, es sei denn, sie gehörten bereits vor ihrer Arbeitslosigkeit einer Industriegewerkschaft an.²³ Da die arbeitslosen Gewerkschaftsmitglieder auch egalitäre Ansichten hatten und eine größere Bereitschaft zu politischen Aktivitäten aufwiesen als beschäftigte Gewerkschaftsmitglieder, kann angenommen werden, daß die Erfahrung von Arbeitslosigkeit bei ihnen zu einer stärkeren politischen Aktivierung geführt hatte, im Gegensatz zu passiven Verarbeitungsformen wie Resignation und Apathie bei den Arbeitslosen ohne Gewerkschaftszugehörigkeit.

Ein etwas anderes Bild liefert eine repräsentative Untersuchung bei Arbeitslosen und Beschäftigten in der Bundesrepublik.²⁴ Hier zeigte sich eine deutliche Tendenz, daß die Parteipräferenz bei Gewerkschaftsmitgliedern während der Arbeitslosigkeit im Vergleich mit Beschäftigten stabiler blieb als bei Arbeitslosen ohne Gewerkschaftszugehörigkeit. Dies läßt sich dahingehend interpretieren, daß bei Vorliegen eine Auffassung der gesellschaftlichen Verhältnisse im Sinne gewerkschaftlicher Grundpositionen die persönliche Erfahrung der Arbeitslosigkeit die politischen Überzeugungen weniger verändert als wenn eine solche Gewerkschaftsbindung nicht vorliegt. Der absolute Unterschied in den Parteipräferenzen zwischen Arbeitslosen und Erwerbstätigen (bei gleichen SPD-Präferenzen in beiden Gruppen wiesen Arbeitslose deutlich geringere CDU-Präferenzen auf) geht fast ausschließlich auf die Nicht-Gewerkschaftsmitglieder zurück.²⁵

Parteipräferenzen

Bei dem Versuch, das Ausmaß an gesellschaftspolitischen Veränderungen im Zusammenhang mit Massenarbeitslosigkeit zu bestimmen, wird häufig die These vertreten, daß Arbeitslosigkeit konservative gesellschaftliche Entwicklungen bis hin zu faschistischen Bewegungen nach sich ziehe. Als Beleg für eine solche Annahme wird beispielsweise der Aufstieg der Nationalsozialisten in der Weimarer Republik im Zusammenhang mit der Weltwirtschaftskrise, die im Deutschen Reich 6 Millionen Arbeitslose hervorbrachte, oder als aktuelles Beispiel die politische Entwicklung in Großbritannien angeführt, wo trotz höherer Arbeitslosenzahlen als in den dreißiger Jahren eine der konservativsten Parteien Europas im Juni 1983 den größten Wahlsieg ihrer Geschichte erringen konnte (selbst wenn dieser Sieg im wesentlichen auf die Konkurrenz

²³ Eine Verallgemeinerung eines solchen Ergebnisses ist jedoch wegen der geringen Stichprobengröße und der Unterschiede zu den amerikanischen Gewerkschaften problematisch.

²⁴ V. Hentschel/C. Möller/R. Pintar, zur Lage der Arbeitslosen in Nordrhein-Westfalen, Köln 1977

²⁵ a.a.O. S. 188

von zwei Oppositionsparteien bei herrschendem absolutem Mehrheitswahlrecht zurückzuführen ist). Die Frage, die sich in diesem Zusammenhang stellt, ist, ob diese Veränderungen durch die direkt von Arbeitslosigkeit Betroffenen oder im wesentlichen durch die Beschäftigten, die sich durch Arbeitslosigkeit bedroht fühlen, hervorgerufen werden.

In der bereits angeführten Repräsentativerhebung aus Nordrhein-Westfalen aus dem Jahre 1976 lassen sich bei Arbeitslosen deutlich geringere CDU-Präferenzen finden als bei Beschäftigten (bei gleichen SPD-Präferenzen) und eine insgesamt größere Distanz zu den vorhandenen politischen Parteien, die sich in einem höheren Anteil derjenigen ausdrückt, welche sich mit keiner Partei identifizieren oder keine Angabe machen.²⁶ Eine andere Untersuchung²⁷ zeigt (möglicherweise aufgrund der Stichprobenauswahl) bei den Arbeitslosen eine stärkere Orientierung auf die CDU/CSU als auf die SPD, wenn danach gefragt wird, welche Partei am ehesten die Interessen der Arbeitslosen vertritt (38 Prozent nehmen dies von der CDU/CSU, 25 Prozent von der SPD an). Mit zunehmender Dauer der Arbeitslosigkeit verkehrt sich dies Bild, so daß von den Arbeitslosen, die länger als 6 Monate arbeitslos waren, nur noch 19 Prozent diese Interessenvertretung für Arbeitslose der CDU/CSU und 31 Prozent der SPD zuschreiben. Der Anteil der Partei-Distanzierten erhöht sich nach längerer Arbeitslosigkeit von einem Drittel auf die Hälfte der Befragten.²⁸

Eine deutlich schärfere Akzentuierung ergibt sich aus einer neueren Untersuchung, die in der Bundesrepublik einen Monat vor den letzten Bundestagswahlen im Februar 1983 durchgeführt wurde.²⁹ Eine repräsentative Stichprobe von 2000 Arbeitslosen wurde hinsichtlich ihrer politischen Präferenzen und möglichen Wahlentscheidung befragt. In einem Vergleich mit einer kurz vorher abgeschlossenen Meinungsbefragung, die von einer repräsentativen Stichprobe der Gesamtbevölkerung ausging, zeigten sich folgende Differenzen:

Parteipräferenzen von Arbeitslosen

im Vergleich zur Gesamtbevölkerung der Bundesrepublik (Februar 1983).

| (Angaben in Prozent) | Arbeitslose | Gesamtbevölkerung (Zweitstimmenschätzung) |
|----------------------|-------------|--|
| CDU/CSU | 31,6 | 46,7 |
| SPD | 53,0 | 40,2 |
| GRÜNE | 11,1 | 6,2 |
| FDP | 1,7 | 6,4 |

26 U. Hentschel, Politische Einstellungen und Interessenorientierungen von Arbeitslosen, Köln 1979, S. 74

27 R. Bahn Müller, Die ohnmächtige Wut, Frankfurt 1979

28 a.a.O., S. 232

29 Projektgruppe Wahlforschung an der Universität Osnabrück, Repräsentative Erhebung der politischen Einstellungen von Arbeitslosen, Febr. 1983, Vergleich zit. u. Stern v. 24. 2. 1983

Der Unterschied zwischen den Parteipräferenzen von Arbeitslosen und Beschäftigten wird real noch größer sein, als es aus der Tabelle zu entnehmen ist, da es sich hierbei ja um einen Vergleich zwischen Arbeitslosen und der Gesamtbevölkerung, die Arbeitslose und Beschäftigte einschließt, handelt. Bezogen auf die frühere Untersuchung aus Nordrhein-Westfalen läßt ein Vergleich auf eine erhebliche Veränderung der politischen Orientierungen Arbeitsloser schließen. Er gibt einen Hinweis darauf, daß mit zunehmender Massenarbeitslosigkeit (1976 betrug die Zahl der offiziell arbeitslos Gemeldeten ungefähr 1 Million, im Februar 1983 2,4 Millionen) möglicherweise ein Politisierungseffekt unter Arbeitslosen eingetreten ist, der wahrscheinlich durch den Regierungswechsel im September 1982 noch in Richtung der jetzigen Opposition verstärkt worden sein dürfte.

Die hier dargestellten Ergebnisse aus Untersuchungen über Parteipräferenzen deuten darauf hin, daß unter der Bedingung von Massenarbeitslosigkeit die Gruppe der Arbeitslosen selbst keine konservativeren Orientierungen entwickelt, sondern der nicht-arbeitslose Teil der Bevölkerung sich stärker konservativ orientiert, da die Befürchtung einer möglichen eigenen Arbeitslosigkeit diesem Teil die Unterstützung konservativer Positionen als aussichtsreichere Strategie zur Erhaltung von Arbeitsplätzen erscheinen läßt. Dies beinhaltet, zumindest soweit es sich auf die Situation in Großbritannien bezieht, wo die Konservativen vor den Wahlen nicht einmal mehr die Beseitigung der Arbeitslosigkeit versprochen haben, bei verunsicherten Mittelschichten und Facharbeitern auch die Aufkündigung der Solidarität mit den Millionen arbeitslos gewordener Mitbürger in der Hoffnung, damit möglicherweise den eigenen Arbeitsplatz und den sozialen Status zu erhalten.

Einige Untersuchungsergebnisse zu autoritären Einstellungen, passiver Entfremdung und Rechtsradikalismus

In der öffentlichen Diskussion tauchen häufiger Interpretationen von Arbeitslosigkeitsuntersuchungen auf, die bei Arbeitslosen besondere autoritäre und undemokratische Potentiale ausmachen wollen. Als Beleg werden in der Regel Zustimmungshäufigkeiten, Feststellungen oder Aussagen in Einstellungsuntersuchungen angeführt, die sich auf die Akzeptanz einer „starken Führungspersönlichkeit“ beziehen (der starke Mann, der für Ordnung im Staate sorgen soll oder das Problem der Arbeitslosigkeit zu lösen vermag). In der Dimension Parteipräferenz allgemein läßt sich, wie gesagt, eher eine fortschrittliche Verschiebung bei der Gesamtgruppe der Arbeitslosen konstatieren, dennoch gibt es Hinweise darauf, daß ein Teil der Arbeitslosen autoritärere Einstellungen entwickelt als Beschäftigte, wenngleich die Differenzen nicht erheblich zu sein scheinen und in verschiedenen Untersuchungen auch sehr unterschiedlich ausfallen.

In der Nordrhein-Westfalen-Studie stimmten 45 Prozent der Arbeitslosen (und 41 Prozent der Beschäftigten),³⁰ in einer anderen Studie 34 Prozent der Arbeitslosen (und 19 Prozent der Beschäftigten)³¹ einer entsprechenden Aussage zu. In einer Erhebung bei ungefähr 800 arbeitslosen Jugendlichen aus dem Saarland im Jahre 1979 lag die Zustimmung bei 40 Prozent (wobei sich im Vergleich mit einer repräsentativen Stichprobe saarländischer Jugendlicher von 1974 allerdings kein Unterschied ergab),³² In der im Februar 1983 durchgeführten repräsentativen Studie von Arbeitslosen lag die Zustimmung bei 42 Prozent, wobei mit zunehmender Dauer der Arbeitslosigkeit der Anteil der Befürworter einer „starken Führerpersönlichkeit“ zunahm.³³

Wie ließe sich eine solche autoritäre Tendenz erklären? Die Situation der Arbeitslosigkeit läßt sich als eine Erfahrung beschreiben, in der die Möglichkeiten des einzelnen Betroffenen, seine Lebensbedingungen zu kontrollieren, in wesentlichen Bereichen stark eingeschränkt, im Bereich der Verfügungsmöglichkeit über einen Arbeitsplatz weitgehend verloren gegangen sind. Die daraus häufig resultierenden Verhaltensweisen sind als typische gelernte Hilflosigkeitsreaktionen (i.S.v. Seligman)³⁴ erklärbar. Es gibt keine Möglichkeiten, individuell oder kollektiv (wenn man von Langzeitwirkungen politischer Aktivitäten absieht) Kontrolle über die Lebensbedingungen wiederzuerlangen. Unter dieser Perspektive des Kontrollverlustes durch Arbeitslosigkeit spiegeln Tendenzen zu autoritären Lösungsversuchen eher die generelle gesellschaftliche Ohnmacht von Arbeitslosen wider (die von Bahnmüller als ohnmächtige Wut mit starkem Handlungsbedarf, aber dem Bewußtsein umfassender Handlungs ohnmacht skizziert worden ist). Hinzu kommt, daß ihre Situation aufgrund des Arbeitsplatzverlustes durch eine sprunghaft erhöhte gesellschaftliche Komplexität gekennzeichnet ist, in der das Fehlen eines konkreten Gegenüber, an das Forderungen zu stellen sind, zusätzliche Desorientierung bewirkt. Der Ruf nach dem „starken Mann“, der sich bei Arbeitslosen aufgrund der empirischen Befunde etwas stärker als bei Beschäftigten annehmen läßt, kann als Versuch eines plötzlichen und unabgeleiteten (zudem nicht durch eigene Aktivitäten erlangten) Wiedergewinns von Kontrolle über die eigene Lebenssituation gedeutet werden. Wenn angemessene Deutungsmuster für gesellschaftliche Realität, insbesondere für die Ursachen und Folgen von Arbeitslosigkeit fehlen oder keine große Verbreitung haben, kann eine solche Übernahme „einfacher“ autoritärer Lösungen bei einem Teil der Arbeitslosen erleichtert werden, wie sie in dem Ruf nach einem „starken Mann“ enthalten sind.

30 Hentschel/Möller/Pintar, a.a.O., S. F 31

31 Siehe Anm. 34, S. 145

32 H. Eichenhofer/R. Peter/H. Treinen, Ursachen und Folgen der Jugendarbeitslosigkeit im Saarland, Saarbrücken (ISO-Bericht) 1980, S. 159

33 Siehe Anm. 29

34 Siehe Anm. 4

Es kann angenommen werden, daß sich autoritäre Einstellungen generell und damit bei Beschäftigten und Arbeitslosen in Abhängigkeit von der wirtschaftlichen Krisenentwicklung verändern; zumindest im Bereich der Medien läßt sich aufzeigen, daß die Vermittlung autoritärer Leitbilder sich daran orientiert. So konnte für die USA über einen Zeitraum von 1950 bis 1974 nachgewiesen werden, daß der Anteil von als autoritär klassifizierten Fernsehsendungen positiv korreliert mit der jährlichen Arbeitslosenrate.³⁵

Eine Reaktionsform von passiver Entfremdung vom politischen System, die neben Apathie und Resignation auch diffuse Feindseligkeit bei arbeitslosen Jugendlichen produziert,³⁶ beschreibt ein englischer Sozialwissenschaftler, der das Verhalten von Arbeitslosen in einer Region wie Liverpool-Merseyside darstellt, wo sich Distrikte mit Arbeitslosenraten bis zu 50 Prozent befinden.³⁷ Wenn sich diese Jugendlichen in Aktionen Luft machen, handelt es sich dabei vorrangig um ungerichtete Gewalt und ziellose Zerstörung. Vandalismus und Kriminalität sind in den Stadtteilen mit dem höchsten Anteil an Arbeitslosen Bestandteil des normalen Lebens geworden. In der Dimension gesellschaftlich-politischer Orientierungen führen Erfahrungen von Massenarbeitslosigkeit in einem solchen Umfang tendenziell zu zynischen und entfremdeten, weitgehend unpolitischen Verhaltensweisen. Bei einer Umfrage in Liverpool äußerten Jugendliche aus einer Gegend, die besonders stark durch die Krise betroffen war, zu 85 Prozent überhaupt keine politischen Überzeugungen. Viele von ihnen lehnten Politik generell heftig ab, nur etwa die Hälfte der Befragten konnte sich überhaupt einer sozialen Klasse oder Schicht zuordnen.³⁸ Eindrucksvolle Bestätigung findet ein solches Ausmaß an Politikdistanz auch in der extrem niedrigen Wahlbeteiligung arbeitsloser Jugendlicher. Bei den britischen Parlamentswahlen im Juni 1983 ging von den 18- bis 22jährigen Arbeitslosen nur knapp die Hälfte zur Wahl.³⁹

Demgegenüber liefert eine andere Studie, die 1977 bei 289 arbeitslosen Jugendlichen und einer Vergleichsgruppe Beschäftigter im Raum Mannheim/Ludwigshafen durchgeführt wurde,⁴⁰ Hinweise darauf, daß die Arbeitslosigkeit bei Jugendlichen auch Konfliktpotentiale freisetzen kann, die einem Bild politisch desinteressierter, passiv entfremdeter und apathischer Arbeitsloser

35 D. O. Jorgenson, Economic threat and authoritarianism in television programs: 1950-1974, in: Psychological Reports Jg. 37, 1975, H. 3, S. 1153-1154

36 G. Stokes, Unemployment among school-leavers, Birmingham University (mimeo) 1981. Der Autor beschreibt die Entwicklung zu diffuser Feindseligkeit bei arbeitslosen Jugendlichen in Birmingham mit zunehmender Dauer der Arbeitslosigkeit

37 Siehe Anm. 13

38 a.a.O., S. 26

39 Frankfurter Rundschau v. 14. 6. 1983

40 U. Baumann/U. Becker/J. Gerstenmaier/O. Schickle/R. Tippelt, Handlungsperspektiven und politische Einstellungen arbeitsloser Jugendlicher, Frankfurt 1979

deutlich widersprechen. Die Verallgemeinerbarkeit dieser Untersuchung wird durch die Stichprobenauswahl (über Jugendzentren) allerdings eingeschränkt. Die hier befragten Jugendlichen hoben sich deutlich von den Beschäftigten hinsichtlich ihrer politischen Einstellungen ab. Sie wiesen wesentlich kritischere und radikalere Positionen auf. So wurde der Radikalenerlaß ungefähr dreimal so häufig abgelehnt wie von der Vergleichsgruppe und auch in ihrer Handlungsbereitschaft zeigten die Arbeitslosen eine ausgeprägtere Neigung zu unkonventionellen, aktionistischen Formen politischer Tätigkeit, verbunden mit einem ausgeprägten Mißtrauen gegenüber den etablierten politischen Parteien.⁴¹ Sie nahmen wesentlich häufiger an politischen Versammlungen teil und befürworteten politische Handlungsformen, die sich wenig an vorhandenen Institutionen orientierten und auch das Überschreiten von Legalitätsprinzipien einkalkulierten.⁴²

Inwieweit die Erfahrung von Arbeitslosigkeit auch zu einem Engagement in rechtsradikalen Bewegungen führen kann, wird sehr stark von der gesamtgesellschaftlichen Situation bestimmt. Bei einer Befragung britischer Jugendlicher (zwischen 16 und 20 Jahren) fühlten sich im Jahre 1978 13 Prozent der rechtsradikalen „National Front“ zugehörig, 34 Prozent der Anhänger der Konservativen Partei nannten diese Gruppe mit zweiter Priorität.⁴³ Die britischen Medien berichteten in den vergangenen Jahren häufiger über aggressive Ausschreitungen rechtsradikaler Jugendlicher gegenüber farbigen Immigranten, die sich meist in Stadtteilen mit besonders hoher Arbeitslosigkeit abspielten.⁴⁴ In einer sozialpsychologischen Analyse der aktiven Mitglieder der britischen rechtsradikalen Bewegung findet sich jedoch kein Hinweis auf Arbeitslosigkeit als Motiv für das Engagement.⁴⁵

Bedingungen von Gegenwehr

Zwei Aspekte sind als zentral einzuschätzen dafür, welche Bedingungen bei Arbeitslosen dazu führen können, daß sie „ihr Schicksal wieder stärker in die eigenen Hände nehmen“: zum einen Ursachenzuschreibungen und Kontrollerwartungen von Arbeitslosigkeit, zum anderen die Legitimierung und Aufrechterhaltung beruflicher Ansprüche.

Die Wahrnehmung und Darstellung von Arbeitslosigkeit in der Öffentlichkeit sind stark davon geprägt, daß ein sozialstrukturell bestimmtes Problem -

41 U. Becker, Arbeitslosigkeit und politische Sozialisation, in: U. Baumann u.a., a.a.O., S. 48

42 J. Gerstenmaier, Selbstakzeptanz, Autoritarismus und politische Handlungsbereitschaft arbeitsloser Jugendlicher, in: U. Baumann u.a., a.a.O., S. 77

43 R. Weir, Youngsters in the front line, in: *New Society* v. 27. 4. 1978; hier erfolgte allerdings keine Differenzierung nach arbeitslosen und beschäftigten Jugendlichen

44 G. Merritt, s. Anm. 9

45 M. Billig, *Fascists. A social psychological view of the National Front*, London/New York 1978

die ökonomische Krise mit Rezession und Massenarbeitslosigkeit - als individuelles Problem psychologisiert wird. Dies erfolgt, indem entweder persönliche Defizite der Arbeitslosen für ihre Entlassung verantwortlich gemacht werden oder - falls dies bei Massenentlassungen zu offensichtlich unglaubwürdig erscheint - Arbeitsunfähigkeit oder -unwilligkeit als Ursache eines fortdauernden Mißerfolgs bei der Arbeitsplatzsuche unterstellt wird. Solche individuellen Schuldzuweisungen, die die Opfer des Arbeitsmarktes zu Tätern verkehren, sind zentrale Bestandteile der vorherrschenden Ideologie der bürgerlichen Gesellschaft („blaming the victim“),⁴⁶ was die Wahrnehmung von Arbeitslosigkeit, sozialer Ungleichheit oder Armut⁴⁷ betrifft.

Sie spielen in ökonomischen Theorien der Arbeitslosigkeit eine wichtige Rolle, wenn dort beispielsweise die „Such-Arbeitslosigkeit“ zu anspruchsvoller Arbeitssuchender, eine durch „Sozialleistungen hervorgerufene Arbeitslosigkeit“ oder ein „natürlicher Arbeitslosensockel“⁴⁸ für die Höhe der Gesamtarbeitslosigkeit verantwortlich gemacht werden. Daß auch die öffentliche Diskussion von individuellen Schuldzuweisungen für Arbeitslosigkeit bestimmt ist, läßt sich daraus entnehmen, daß in Meinungsumfragen selbst bei 2 Millionen Arbeitslosen (Ende 1982) fast die Hälfte der Befragten der Äußerung zustimmte, „viele Arbeitslose wollen gar nicht arbeiten“.

Wenngleich bei ansteigender Massenarbeitslosigkeit individuelle Schuldzuweisungen in geringerem Maße zur Erklärung der Gesamtarbeitslosigkeit herangezogen werden können, behalten sie ihre Wirksamkeit dennoch, indem sie auf einzelne Gruppen von Arbeitslosen bezogen aufrecht erhalten bleiben. Eine politisch disziplinierende Funktion gegenüber den Arbeitslosen übernehmen diese individuellen Schuldzuweisungen folglich auch dann noch, wenn sie von den Arbeitslosen selbst nicht übernommen werden, da diese hierdurch einem starken öffentlichen Druck unterworfen werden, der sie nötigt nachzuweisen, daß sie selbst nicht zu jenen Arbeitslosen gehören, die angeblich „arbeitsunfähig“ oder „arbeitsunwillig“ sind und nur öffentliche Sozialleistungen „mißbrauchen“. Noch gravierender hinsichtlich einer politischen Disziplinierung sind individuelle Schuldzuweisungen jedoch dann, wenn sie von Arbeitslosen selbst übernommen werden zur Erklärung von Arbeitslosigkeit (was bei 17⁴⁹ bis zu 60 Prozent⁵⁰ der Arbeitslosen der Fall ist). Konsequenz einer solchen individuellen Schuldzuweisung oder Ursachenerklärung von

46 W. Ryan, *Blaming the victim*, New York 1971

47 Siehe E.-U. Huster, *Die Leistungsgesellschaft braucht Armut als Schreckgespenst*. Vortrag in der Evang. Akademie Loccum, abgedr. in: *Frankfurter Rundschau* v. 28. 1. 1983, S. 10

48 Siehe die Darstellung dieser Theorien in: P. Windolf, *Arbeitslosigkeit heute, Grauzonenbeschäftigung und informeller Sektor*, in: *Soziale Welt* 1982, H. 3/4, S. 365-399

49 C. Brinkmann, *Finanzielle und psychosoziale Belastungen während der Arbeitslosigkeit*, in: *Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung* Jg. 9, 1976, H. 4, S. 397-413

50 K. Heinemann, *Arbeitslose Jugendliche*, Neuwied 1978

Arbeitslosigkeit ist eher ein schamvoller Rückzug und das Verschweigen der eigenen Arbeitslosigkeit in der Öffentlichkeit, wodurch die individuellen psychosozialen Schädigungen durch Arbeitslosigkeit massiv verstärkt werden, was aber auch ein wesentliches Hindernis für politisches Handeln bedeutet. Diejenigen hingegen, welche die Ursache der Arbeitslosigkeit eher im politischen oder ökonomischen System begründet sehen (externale Schuldzuweisungen vornehmen), haben deutlich bessere Voraussetzungen dafür aufzuweisen, um politische Forderungen an die Gesellschaft zu stellen und ihr damit das „individuelle“ Problem Arbeitslosigkeit wenigstens zum Teil wieder zurückzugeben.

Dabei muß jedoch eine wichtige Differenzierung gemacht werden. Für die Bereitschaft zum politischen Handeln ist nicht nur die Art der Ursachenerklärung wichtig, sondern gleichermaßen die Erwartung, ob dieses Ereignis auch (im Sinne einer Kontrollerwartung) durch eigenes Handeln beeinflussbar ist, d. h. inwieweit die einem Ereignis zugrundeliegenden Bedingungen als stabil oder variabel eingeschätzt werden.

Wichtige individuelle Voraussetzungen für politisches Handeln sind folglich darin zu sehen, daß Schuldzuweisungen von Arbeitslosigkeit, die sich auf die eigene Persönlichkeit beziehen, bei Arbeitslosen selbst abgebaut und Deutungsmuster entwickelt und unterstützt werden, welche die Ursachen von Arbeitslosigkeit in einer Krise der Verwertungsbedingungen der kapitalistischen Ökonomie sehen. Darüber hinaus müssen jedoch auch - um nicht fatalistischen Tendenzen zu unterliegen - die politischen Rahmenbedingungen, die für die Entstehung und Aufrechterhaltung von Massenarbeitslosigkeit in externalen Ursachenerklärungen verantwortlich gemacht werden, als durch individuelles und kollektives Handeln veränderbar begriffen werden.

Der zweite Aspekt, der neben der Ursachenerklärung und Kontrollerwartung für Ansätze von Gegenwehr bei Betroffenen wichtig erscheint, ist das Ausmaß, in dem berufliche Ansprüche aufrecht erhalten werden oder ein Zerfall von Berufswünschen erfolgt. Wenn sich durch die gesellschaftliche Entwicklung der vergangenen Jahrzehnte Erwartungshaltungen entwickelt haben, die das Recht des einzelnen auf eine Tätigkeit betonen, welche seinen erworbenen Qualifikationen entspricht - worüber heute im Vergleich zu den dreißiger Jahren eine viel breitere gesellschaftliche Übereinstimmung besteht - kann angenommen werden, daß auch bei Arbeitslosen die Aufrechterhaltung beruflicher Ansprüche eine stabilere Grundlage hat.

Eine solche Aufrechterhaltung beruflicher Ansprüche weist ebenfalls Zusammenhänge mit den politischen Orientierungen Arbeitsloser auf, wie am

Beispiel einer amerikanischen Studie ansatzweise belegt werden soll. Eine Untersuchung, die 1977 in Boston bei 395 qualifizierten Jungarbeitern durchgeführt wurde (die zum Befragungszeitpunkt arbeitslos waren), befaßt sich mit dem Zusammenhang zwischen beruflichen Ansprüchen - bestimmt als Überzeugung, daß jeder einen Anspruch auf einen Beruf hat, der seiner Qualifikation entspricht - und der politischen Reaktion auf die Arbeitslosigkeit.⁵¹ Es fand sich ein sehr enger Zusammenhang zwischen beruflichem „Anspruchdenken“ (sofern es sich nicht nur auf den Befragten selbst bezieht) und radikalen antikapitalistischen Einstellungen und Lösungsvorschlägen zur Arbeitslosigkeit. Da diese Überzeugungen in den vergangenen Jahrzehnten unter Arbeitern in den USA nachweislich erheblich zugenommen haben, folgert der Autor, daß hierin eine wichtige Grundlage für die Entstehung einer sozialen Bewegung unter jungen Arbeitslosen zu sehen sei. Allerdings müßten diese Positionen durch Gewerkschaften und Organisationen der Arbeiterklasse aufgegriffen und gegen individualistische Ideologien (die insbesondere in der Krise aktiviert werden) verteidigt werden.

Überzeugungen, die einen Anspruch gegenüber der Gesellschaft beinhalten auf Arbeitsplätze, die den erworbenen Qualifikationen entsprechen, können ebenfalls einen wirksamen Schutz gegen die Übernahme individueller Schuldzuweisungen bieten und das individuelle Ereignis Arbeitslosigkeit in angemessener Weise wieder vergesellschaften.

Kollektive Interessenvertretung

Die gegenwärtig in der Bundesrepublik gemeldeten über 2 Millionen Arbeitslosen haben gesellschaftliche Bedeutung nur aufgrund ihrer Zahl, nicht wegen ihres sozialen Gewichts. Arbeitslosigkeit bleibt weitgehend „unsichtbar“. Ob es die erst in der Entstehung begriffene Arbeitslosenbewegung in der Bundesrepublik erreichen kann, der Gruppe der Arbeitslosen ein größeres soziales Gewicht zu erkämpfen, muß gegenwärtig offen bleiben. Einem breiteren Engagement von Arbeitslosen in Selbsthilfe-Initiativen stehen jedoch vielfältige Hindernisse im Wege. Obwohl ein beachtlicher Teil von Arbeitslosen einen Zusammenschluß zur besseren Interessendurchsetzung für sinnvoll hält⁵², scheint die Resonanz der jetzt schon ungefähr 500 Arbeitslosen-Initiativen in der Bundesrepublik bei den Betroffenen bislang noch eher gering. Dies hat folgende Gründe: In der Anfangsphase der Arbeitslosigkeit nehmen Betroffene ihre Situation als vorübergehenden Zustand wahr und sind von

51 C. Derber, Unemployment and the entitled worker: Job-entitlement and radical attitudes among the youthful unemployed, in: *Social Problems* Jg. 26, 1978, S. 26-37

52 In der Untersuchung von Bahnmüller war es ungefähr ein Drittel der befragten Arbeitslosen: a.a.O. (s. Anm.27) S. 174

daher nicht motiviert, sich mit diesem Ziel zu organisieren. Sie betrachten sich als arbeitslose Facharbeiter oder arbeitslose Angestellte, nicht jedoch als Arbeitslose. Das Engagement in einer Arbeitslosengruppe setzt jedoch in der Regel eine Identifikation mit der Arbeitslosenrolle voraus, die häufig erst nach längerer vergeblicher Arbeitsplatzsuche einsetzt. Gruppen von Arbeitslosen sind von ihrer widersprüchlichen Struktur her labil, weil sie einer starken Mitgliederschwankung unterworfen sind. Widersprüchlich ist ihre Struktur insofern, als sie einerseits effektive und kampfkraftige Interessenvertretung sein wollen, andererseits ihr wesentliches inhaltliches Ziel darin besteht, überflüssig zu werden, d. h., auch den Verlust jedes Mitglieds als Erfolg betrachten zu müssen. Hinzu tritt, daß jemand, der seinen Arbeitsplatz und damit kollektive berufliche Zusammenhänge verloren hat, in der Gefahr des individuellen Rückzugs steht und über kein konkretes gesellschaftliches Gegenüber als Adressat von Forderungen verfügt.

Die Tatsache, daß zum 1. Arbeitslosenkongreß im Dezember 1982 in Frankfurt ungefähr 2000 Arbeitslose aus dem ganzen Bundesgebiet gekommen sind, stellt einen ermutigenden Anfang hinsichtlich einer kollektiven Interessenwahrnehmung Arbeitsloser dar. Dort setzten sich zudem mehrheitlich Positionen durch, die eine Spaltung zwischen der Arbeitslosenbewegung und den Gewerkschaften vermeiden wollen. Obwohl Arbeitslose in geringerem Maße als Beschäftigte Gewerkschaftsmitglieder sind, haben die meisten Arbeitslosen deutlich positive Erwartungshaltungen gegenüber den Gewerkschaften.⁵³ Eine stärkere Einbeziehung Arbeitsloser in die gewerkschaftliche Arbeit könnte soziale Unterstützung, die sich als wichtige Bedingung zur Milderung der psychosozialen Schädigungen durch Arbeitslosigkeit herausgestellt hat, auf einer gesellschaftlichen Ebene bieten. Darüber hinaus würde damit auch die Gefahr verringert, daß Arbeitslose unter dem Konkurrenzdruck des Arbeitsmarktes gegen die Beschäftigten ausgespielt werden könnten. Eine Spaltung der Gesellschaft in „Besitzer“ und „Nicht-Besitzer“ von Arbeitsplätzen, wie sie von Konservativen vorhergesagt wird⁵⁴, stellt solange eine reale Gefahr dar, wie das gesellschaftlich vorhandene Arbeitsvolumen nicht gleichberechtigter auf Beschäftigte und Arbeitslose aufgeteilt wird und die Interessenvertretungen der Arbeitnehmer sich weitgehend als Vertreter der Beschäftigten begreifen.

Aus der Geschichte von Arbeitslosenbewegungen während der Weltwirtschaftskrise in den dreißiger Jahren in den USA⁵⁵, Großbritannien⁵⁶ und

53 Siehe U. Hentschel a.a.O. (Am. 26), S. 95

54 H. Geissler, Die neue soziale Frage, Freiburg 1976

55 P. Mattick, Arbeitslosigkeit und Arbeitslosenbewegung in den USA 1929 bis 1935, (Erstveröffentlichung 1936), Frankfurt 1969

56 W. Hannington, Unemployed struggles 1919-1936, London 1979

Deutschland⁵⁷ läßt sich folgende Schlußfolgerung ziehen: Die Distanz zwischen Arbeitslosenbewegungen und den politischen und gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeitnehmer hat in der Weimarer Republik zu einer Schwächung beider Seiten beigetragen, in den USA die Arbeitslosen-Selbsthilfe-Gruppen in eine Lohndrückerfunktion abgleiten lassen und damit eine Frontstellung der Gewerkschaften hervorgerufen. Als Verdienst der britischen Arbeitslosenbewegung, die als die erfolgreichste bezeichnet werden kann, muß hervorgehoben werden, daß sie weitgehend eine solche Konfrontation verhinderte und insbesondere dazu beitrug, daß die faschistische Partei in Regionen mit besonders hoher Arbeitslosigkeit keine nennenswerte Unterstützung fand.⁵⁸

In Großbritannien haben die Gewerkschaften begonnen, sich intensiver mit den konkreten Problemen der Arbeitslosen zu identifizieren und ihnen auch organisatorische Hilfestellung, z. B. beim Aufbau von Arbeitslosenzentren, zu geben. Für die Bundesrepublik Deutschland ist zu hoffen, daß der DGB das Problem der konkreten, über arbeitsmarktpolitische Forderungen hinausgehenden Interessenvertretung der Arbeitslosen ebenfalls ernster nimmt als bislang.⁵⁹

Zumindest auf einer arbeitsmarktpolitischen Ebene kann allerdings nur der konsequente Einsatz der Gewerkschaften für eine Umverteilung des vorhandenen Arbeitsvolumens das Problem der Massenarbeitslosigkeit angehen und eine solidarische Basis schaffen zwischen den Beschäftigten, die unter der Belastung durch ihre Arbeitstätigkeit und den Arbeitslosen, die unter dem Streß durch zwangsweise Unterauslastung und dem mit Arbeitslosigkeit verknüpften sozialen Abstieg leiden.

57 R.-M. Huber-Koller, Die kommunistische Erwerbslosenbewegung in der Endphase der Weimarer Republik, in: H.-G. Backhaus u. a. (Hg.), Gesellschaft, Bd. 10, Frankfurt 1977

58 Vgl. ausführlicher A. Wacker, „Und wir können den Zeitpunkt beinahe berechnen, wo die Arbeitslosen ihre Geduld verlieren“, in: J. Schüle u. a. (Hg.), Politische Psychologie, Frankfurt 1981, S. 125-150; R. Bahn Müller a. a. O. (Anm. 27), S. 15-29

59 Als positiver Ansatz siehe: N. Möller-Lücking, Gewerkschaften und arbeitslose Arbeitnehmer, in: Soziale Sicherheit Jg. 31, 1982, H. 2, S. 33-43